

## Anfragen zum Plenum in der 16. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele geförderte Luftfilteranlagen wurden bisher angeschafft (bitte aufgegliedert nach Regierungsbezirken und falls möglich auch Landkreise und kreisfreie Städte angeben), wie viele geförderte CO<sub>2</sub>-Sensoren wurden bisher angeschafft (bitte aufgegliedert nach Regierungsbezirken und falls möglich auch Landkreise und kreisfreie Städte angeben) und stehen noch entsprechende Fördermittel zur Verfügung?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie die IT-Sicherheit und Datensicherheit der Luca-App auf Quell-Code-Ebene von unabhängigen IT-Expertinnen und -Experten prüfen lassen, kann die Staatsregierung ausschließen, dass weitere Sicherheitslücken zur Veröffentlichung personenbezogener Daten führen können und wurde die – für Datenverarbeitungsvorgänge in diesem Ausmaß gesetzlich vorgeschriebene – Datenschutz-Folgenabschätzung (Art. 35 Datenschutz-Grundverordnung) durchgeführt und veröffentlicht (bitte begründen)?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Erntearbeiterinnen und -arbeiter bzw. -helferinnen und -helfer sind nach Kenntnis oder Schätzung der Staatsregierung aktuell (in dieser Saison) in der bayerischen Landwirtschaft tätig (bitte auch nach Regierungsbezirken und Kommunen ausdifferenzieren), wie hat sich das Corona-Infektionsgeschehen in diesem Bereich in den vergangenen 14 Tagen entwickelt (bitte für jeden einzelnen Tag Anzahl der positiven Tests und der Anzahl an Tests insgesamt angeben und jeweils auf Ebene der Regierungsbezirke und der Kommunen ausdifferenzieren) und welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Staatsregierung zur Prävention und zur Eindämmung eines möglichen Infektionsgeschehens?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie steht sie grundsätzlich einem Tausch staatlicher Grundstücke gegen gleichwertige private Grundstücke gegenüber, welche Voraussetzungen müssten hierfür erfüllt sein (z. B. angrenzende Grundstücke) und in welchen Kommunen wurde ein solcher Grundstückstausch bisher realisiert (bitte Auflistung nach Standort und Gründen für den Tausch)?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit der Fertigstellung der Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (AVBayKiBiG) zu rechnen, ist – wie im Entwurf formuliert – nach wie vor die Streichung des empfohlenen Stellenschlüssels vorgesehen und welche weiteren Änderungen sind geplant?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kompetenzen haben die politischen Gliederungsebenen Gemeinde/Stadt, Landkreis/kreisfreie Stadt, Bezirk, Land, Bund und EU hinsichtlich des Gebens von Wirtschaftshilfen an ein in z. B. Oberbayern ansässiges Unternehmen Geldzahlungen zu leisten – sei es auf Kreditbasis oder als Subvention etc. – oder geldwerte Vorteile zu gewähren (bitte für jede Gliederungsebene die Rechtsgrundlagen offenlegen und hierbei bitte einen Schwerpunkt auf jede denkbare Möglichkeit einer Hilfe durch eine Kommune legen), welche Handlungsmöglichkeiten haben die politischen Gliederungsebenen Gemeinde/Stadt, Landkreis/kreisfreie Stadt, Bezirk, Land, Bund und EU, um ein z. B. in Oberbayern ansässiges Unternehmen vor einer Insolvenz zu bewahren (bitte für jede Gliederungsebene die Rechtsgrundlagen offenlegen und hierbei bitte einen Schwerpunkt auf jede denkbare Möglichkeit einer Hilfe durch eine Kommune legen) und welche zusätzlichen Möglichkeiten sind im Rahmen des von Ministerpräsident Dr. Markus Söder ausgegebenen Katastrophenfalls und/oder im vorliegenden Pandemiefall gegeben, um an ein in z. B. Oberbayern ansässiges Unternehmen Geldzahlungen zu leisten, geldwerte Vorteile zu gewähren oder vor einer Insolvenz zu bewahren (bitte vollumfänglich aufschlüsseln)?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem aktuell in der türkischen Presse über einen systematisch organisierten Menschensmuggel via „Tarn-Austauschprogrammen“ mit Deutschland spekuliert wird, über welche bisher mit Sicherheit 43 Personen aus der Ortschaft Yesilyurt in der Provinz Malatya bereits im Jahr 2020 nach Hannover gebracht wurden, und von weiteren bis zu 1 000 Menschen aus mind. fünf weiteren Ortschaften die Rede ist, die über AKP (AKP = türkische Regierungspartei) regierte Kommunen in der Türkei organisiert, mit offiziellen Bedienstetenausweisen („Gri Pasaport“) versorgt wurden und nach Beendigung der Austauschprogramme nicht wieder in die Türkei zurückgekehrt seien und von denen unter anderem 37 nach Einladung eines Sportvereins über einen Tarn-Austausch aus Urfa, Ceylanpinar nach München gekommen seien, frage ich die Staatsregierung, welche Informationen ihr zu diesen Vorfällen bisher bekannt sind, ob – wie in der Presse berichtet wurde – die Drahtzieher der Schleusung sich in Nürnberg mit Verantwortlichen der Stadt getroffen haben und ob Menschen, die über solche Tarn-Austauschprogramme nach Bayern gelangt sind, hier Asylanträge gestellt haben?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem noch zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe für Corona-Schutzmasken durch die Staatsregierung an die Firma Zettl und im Zusammenhang mit dem sogenannten „Masken-Verbund-Bayern“ ungeklärt sind, frage ich die Staatsregierung, warum der Masken-Verbund-Bayern nur aus den drei Firmen PIA Automation (Amberg), Sandler AG (Schwarzenbach) und Zettl Group (Weng) besteht und keine weiteren Firmen hinzugenommen wurden, ob es zutreffend ist, dass die Staatsregierung bzw. der Freistaat Bayern im März 2020 die gesamte Produktion der Firma Sandler AG an Schutzmasken-Vlies („melt-blown“-Vlies) aufgekauft hat und es dann gelagert bzw. als Vliesrollen u. a. an die Landkreise verteilt wurde, und warum ein am 19. März bzw. 20. März 2020 an die Staatsregierung abgegebenes Angebot eines niederbayerischen Unternehmers zum Preis von nur 19 Cent bzw. 22 Cent pro OP-Maske, der Ende April 2020 rund 1,5 Mio. OP-Masken hätte herstellen können, nicht angenommen, geschweige denn beantwortet wurde?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird der Schienennahverkehrsplan veröffentlicht, nachdem er im November 2020 noch für das inzwischen abgelaufene 1. Quartal 2021 angekündigt wurde (siehe Antwort des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) auf eine Anfrage zum Plenum unter Drs. 18/11870), inwieweit sieht die Staatsregierung in der seit 16 Jahren unterbliebenen Fortschreibung des Schienennahverkehrsplans ein schweres Versäumnis und ab wann wird die Staatsregierung den Schienennahverkehrsplan wieder alle zwei Jahre fortschreiben, wie es das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern vorschreibt?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem bei Demonstrationen vermehrt Atteste vorgelegt werden, die das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes aus medizinischen Gründen kontraindizieren sowie der Verdacht besteht, dass eine Vielzahl dieser Atteste als „Gefälligkeitsatteste“ gelten könnten, da sie oft von einschlägig bekannten Ärztinnen und Ärzten ohne vorherige Visite ausgestellt werden und der Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse nach § 279 Strafgesetzbuch zu Strafbefehlen gegen die Attestierten führen kann, frage ich die Staatsregierung, in welcher Form (bspw. regelmäßig aktualisierte Rundschreiben, Schulungen) bekommen Polizistinnen bzw. Polizisten Anweisungen zur Kontrolle und Überprüfung der vorgelegten Atteste, welche spezifischen Vorgaben und Kriterien gibt es, auf die bei der Überprüfung der Richtigkeit der Atteste zu achten ist (bspw. fehlender Zusammenhang zwischen dem Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes und der konkreten Diagnose eines Krankheitsbildes) und stehen den Polizistinnen bzw. Polizisten Daten (auch aus anderen Bundesländern) zur Verfügung, die über einschlägig bekannte Ärztinnen bzw. Ärzte informieren, gegen die laufende Ermittlungen wegen des Verdachtes sogenannte Gefälligkeitsatteste auszustellen vorliegen bzw. die bereits verurteilt sind?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie es, dass Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann für seine, wie eine Nachrichten-Sendung aufbereitete, Podcast-Reihe einen sehr bekannten Moderator des Bayerischen Rundfunks engagiert, wie bewertet die Staatsregierung das Problem, dass durch die Aufmachung des Podcasts wie eine Informationssendung impliziert wird, dass es sich hier um einen redaktionell, nach journalistischen Grundsätzen aufbereiteten Inhalt handelt und nicht um eine politische Werbesendung und wie hoch war die Summe, die Cathy Hummels bezahlt wurde, damit sie sich an diesem Podcast beteiligt?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, kann die Staatliche Naturschutzbehörde bestätigen, dass das Isartal Naturschutzgebiet bis zu Teilen des Biergartens Menterschwaige in München reicht und die dortigen Bäume entsprechend schützt, befürwortet die Oberste Denkmalschutzbehörde den Erhalt des historischen Gasthauses Menterschwaige und den dazugehörigen Biergarten und würde die Staatsregierung für den Erhalt des historischen Gasthauses und Biergartens einen staatlichen Ankauf in Erwägung ziehen?

**Albert Duin**  
(FDP)

Sowohl vor dem Hintergrund der Energiepartnerschaft mit der Ukraine, die u. a. dem Import von Wasserstoff dienen soll, als auch bezugnehmend auf die Anstrengungen Deutschlands mit Frankreich ein gemeinsames „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) abzuschließen, in dessen Rahmen Wasserstoff in Frankreich produziert werden soll, frage ich die Staatsregierung, ob sie aufgrund der hohen Nutzung der Kernenergie in diesen beiden Ländern und in anderen osteuropäischen Staaten vollkommen ausschließen kann, dass innerhalb der deutschen und bayerischen Wasserstoffstrategie kein „gelber“ Wasserstoff, welcher durch Atomstrom hergestellt wurde, importiert wird, was ein Überangebot von „gelbem“ Wasserstoff auf dem internationalen Markt für die angepeilten Importquoten Bayerns bedeuten würde und ob der Freistaat bei nur geringen Importmengen an „grünem“ Wasserstoff auf dem internationalen Markt bei gleichzeitiger Nutzungsverweigerung von „blauem“ Wasserstoff indirekt den Übergang in eine Wasserstoffwirtschaft verzögern würde?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder am späten Sonntagabend laut Presseberichten „mit einem Privatjet“ von Nürnberg nach Berlin geflogen ist, frage ich die Staatsregierung, in welcher Höhe sind dem Freistaat Bayern durch die Reise des Ministerpräsidenten Kosten entstanden und wie beurteilt sie die Rechtslage der parteipolitischen Veranstaltung des Ministerpräsidenten im Hinblick auf die geltenden Corona-Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der geltenden Ausgangssperre?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Da nach 20 Jahren derzeit viele Genehmigungen der ersten Generation von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) mit Überschusseinspeisung auslaufen und Betreiber von hohen bürokratischen Hürden für den Weiterbetrieb für Eigennutzung und ggf. Überschusseinspeisung berichten, frage ich die Staatsregierung, wie viele PV-Anlagen 2020 und 2021 vom Ablauf der Betriebserlaubnis betroffen sind (bitte Angabe der Anlagen in den einzelnen Regierungsbezirken) wie viele davon (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken), nach derzeitigem Stand weiterbetrieben werden bzw. dieser Weiterbetrieb beantragt wurde und welche Möglichkeiten die Staatsregierung sieht bzw. unterstützt bzw. entsprechende Anstrengungen unternimmt, damit die Anlagen möglichst unbürokratisch und mit möglichst geringem Kostenaufwand mit niedrigschwelligem Aufwand und technisch sicher weiterbetrieben werden können (z. B. durch Beratung, einfach auffindbare Formulare, Verpflichtung der Energieversorger, den Betreibern ein Angebot für die Fortführung der Einspeisung zu machen etc.)?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung anlässlich der angekündigten Einführung des Videokonferenztools „Visavid“, wie der konkrete Projektplan hierfür aussieht, welche Funktionalitäten das neue Angebot im Vergleich zum bisherigen zentralen Angebot von „Microsoft Teams“ hat und inwiefern Schulaufwandsträger, die über das Schuljahr hinaus eigene Verträge zum Einsatz von „Microsoft Teams“ oder „Microsoft 365“ unabhängig der zentralen Lizenz geschlossen haben, diese auch im kommenden Schuljahr an ihren Schulen einsetzen können?

**Christian Flisek**  
(SPD)

Nachdem offenbar mit der Novelle des Wohngeldrechts zum 01.01.2020 eine deutliche Steigerung der Antragszahlen beim Wohngeld in Bayern eingetreten ist und es Rückmeldungen von langen Bearbeitungsfristen gibt, die sich aufgrund der Coronapandemie und der Frage der Anrechnung von Corona-Hilfen noch einmal deutlich erhöht haben, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Antragszahlen für Wohngeld in den Jahren 2018, 2019 und 2020 (bitte Angabe jeweils für die einzelnen Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte) entwickelt haben, wie sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer je Wohngeldantrag in den Jahren 2018, 2019 und 2020 entwickelt hat (bitte Darstellung für die einzelnen Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte) und welche konkreten Möglichkeiten die Staatsregierung sieht, die Wohngeldstellen durch Maßnahmen des Freistaates Bayern zu unterstützen, um die aktuelle Bearbeitungsdauer zu reduzieren?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nach der Auskunft auf meine Frage bei der Regierungsbefragung am 09.02.2021 nach dem Forschungsförderprogramm der Staatsregierung zur Therapie- und Medikamentenforschung (BayTherapie 2020), dass das Auswahlverfahren derzeit laufe, frage ich die Staatsregierung, welche Forschungsvorhaben wurden ausgewählt, wie hoch fällt die Fördersumme für das jeweilige Vorhaben aus und wer hat die Entscheidung über die Auswahl getroffen?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der Bemühungen u. a. des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Weiterentwicklung und Umsetzung einer Torfreduktionsstrategie (verankert im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung vom 09.10.2019) auch in Bayern, frage ich die Staatsregierung, wie viele Tonnen Torfsubstrat wurden von staatlichen Einrichtung und Betrieben auf staatlichen Liegenschaften selbst oder durch beauftragte Unternehmen an welchen Standorten in den letzten drei Jahren eingesetzt (bitte aufgegliedert nach Jahren und einsetzender Institution – u. a. Landesanstalten für Landwirtschaft, Fortwirtschaft, Weinbau und Gartenbau, Bayerische Staatsforsten und Bayerische Schlösser- und Seenverwaltung nach Liegenschaften) und gibt es Vorgaben, den Einsatz von Torfsubstraten durch Ersatzstoffe zu substituieren (bitte unter Angabe der Maßnahmen, die zum Verzicht bezüglich der Nutzung von Torf in den letzten drei Jahren ergriffen wurden)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ab wann startet das Modellprojekt zum Impfen in den Betrieben, wer finanziert den Aufbau der Impfstruktur in den Betrieben und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass kleine und mittlere Betriebe in den Hotspots genauso schnell Zugang zu einem Impfangebot erhalten?

**Tessa Ganserer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der Berliner Senat beschlossen hat, die Kostenerstattung für die Präexpositionsprophylaxe (PrEP) zur Verhütung einer Ansteckung mit HIV (HIV = Humane Immundefizienz-Virus) in die Landesbeihilfeverordnung aufzunehmen und eine bundesweite Abstimmung zu vergleichbaren Lösungen läuft, frage ich die Staatsregierung, ob Bayern ebenfalls plant, die Kosten der PrEP über die Bayerische Beihilfeverordnung teilweise oder in Gänze zu erstatten, falls nicht, das zu begründen, und ob Bayern sich an den bundesweiten Abstimmungen zu einer Kostenerstattung beteiligen wird?

**Thomas Gehring**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Möglichkeiten zur Teilnahme an Abschlussprüfungen sind vorgesehen für den Fall, dass eine Schülerin bzw. ein Schüler coronabedingt am Prüfungstag nicht teilnehmen kann (z. B. wegen Quarantäne oder weil sie bzw. er am Prüfungstag positiv getestet wird), welche Folgen hat es, wenn am Prüfungstag der vorgeschriebene Corona-Test von einer Schülerin bzw. einem Schüler verweigert wird und wann werden, für den Fall, dass Ausweichtermine vorgesehen sind, diese in Abhängigkeit von Quarantänezeitraum und Schulart zeitlich anberaumt (bitte alle Antworten aufgeschlüsselt nach den unterschiedlichen Schularten und Prüfungsterminen)?

**Harald Güller**  
(SPD)

Nachdem Hundeschulen in Bayern seit dem 17.12.2020 – im Gegensatz zu den derzeit gültigen Regeln in 13 weiteren Bundesländern – nicht geöffnet sein dürfen und einem Ausübungsverbot unterliegen, frage ich die Staatsregierung, ob sie beabsichtigt, dies gegen Auflagen zu ändern (bitte mit genauer Angaben zu den Auflagen), gegebenenfalls bis wann und falls nein, aus welchen infektionslogischen Gründen nicht, auch vor dem Hintergrund, dass aktuelle Forschungsstudien das Ansteckungsrisiko im Freien (Aerosol-Forschungen) als sehr gering bewerten?

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung angesichts der aktuellen Beratungen auf Bundesebene über den Gesetzentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes, welche Position sie zu den vorgeschlagenen Änderungen einnimmt (bitte insbesondere auf die Einschränkung des Handlungsspielraums der Länder eingehen), auf welche Art haben sich die Vertreter der Staatsregierung in die Beratungen des Gesetzentwurfs eingebracht (bitte Mitglieder der Staatsregierung sowie weitere zuständige Vertreter des Freistaates beim Bund aufführen) und welche Vorteile gegenüber der aktuellen Rechtslage verspricht sich die Staatsregierung von der geplanten Änderung des Infektionsschutzgesetzes?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Aufgrund der nach Veröffentlichung der sog. Potenzialanalyse der Bayerischen Eisenbahngesellschaft zur Steigerwaldbahn geäußerten Kritik und neu eingetretener Entwicklungen, frage ich die Staatsregierung, ob sie der geforderten Veröffentlichung aller Grundlagendaten sowie aller Analyse- und Rechenschritte bei der Erstellung der Potenzialanalyse zustimmt (bitte mit Angabe zum genauen Umfang), ob bzw. inwieweit sie es unterstützt, substantielle Einwände gegen die Analyse (u. a. z. B. durch Dr. Konrad Schliephake) zu prüfen und gegebenenfalls eine Korrektur der Potenzialanalyse vorzunehmen und ob bzw. inwieweit durch die Ankündigung der Thüringer Eisenbahn (ThE) vom 10.04.2021, einen Antrag auf Betriebsgenehmigung nach § 6 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für die Strecke zu stellen, das Verfahren für Entwidmung der Trasse eine grundsätzliche rechtliche und tatsächliche Wendung nimmt und die Entwidmungsanträge abgelehnt werden bzw. eine Unternehmensgenehmigung bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen erteilt werden müsste?

**Ludwig Hartmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Hiermit frage ich die Staatsregierung, ob die Staatswaldfläche, die für das geplante Gewerbegebiet an der Autobahnausfahrt Teublitz vorgesehen ist, bereits von den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) durch eine Stellungnahme bzgl. Qualität bzw. Wertigkeit des Grundstücks bewertet wurde, wie sich der aktuelle Verhandlungsstand der Staatsregierung bzw. BaySF mit der Stadt Teublitz darstellt und wann der Landtag über einen Verkauf des Grundstücks entscheidet bzw. die Weitergabe des Grundstücks an die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) geplant ist?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der an bayerischen Schulen durchgeführten Selbsttests waren positiv (in absoluten Zahlen und Prozent nach Schularten aufgeschlüsselt), wie viele der anschließend durchgeführten PCR-Tests haben dieses Ergebnis bestätigt und ist bei den für die Schulen zugelassenen Tests sichergestellt, dass diese auch die Mutationen ausreichend nachweisen?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Laut Aussagen einiger Politikerinnen und Politiker der Regierungsfractionen liegt diesen bereits der Gesetzentwurf des Hochschulinnovationsgesetzes vor, weshalb ich die Staatsregierung frage, inwieweit es richtig ist, dass der Gesetzentwurf bereits den Regierungsfractionen zugegangen ist, wann der Gesetzentwurf Verbänden, Experten und Oppositionsfractionen vorgelegt wird und ob der Gesetzentwurf rechtzeitig (d. h. mindestens zwei Wochen vor der Anhörung) vor der Anhörung den Expertinnen und Experten sowie den Oppositionsfractionen zugänglich sein wird?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Im Hinblick auf das durchgeführte Vergabeverfahren zur Einführung einer Kontaktnachverfolgungs-App frage ich die Staatsregierung, wie war der zeitliche Ablauf des Vergabeverfahrens (bitte alle Einzelschritte auflisten), welche Vergabekriterien wurden in den Kriterienkatalog aufgenommen und wie schnitten die anbietenden Unternehmen bei den einzelnen Vergabekriterien jeweils ab (bitte einzeln aufschlüsseln und begründen)?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass die Staatsregierung im Hinblick auf den Ankauf der für die Technische Fakultät seitens der Universität dringend benötigten Siemens-Fläche (auf dem Siemens-Campus Erlangen) schon 2017, nach Ministerratsbeschluss vom 02.05.2017, angekündigt hatte, dass diesbezügliche Verkaufsverhandlungen bis Ende 2020, spätestens Ende März 2021 abgeschlossen sein würden, was vom Präsidenten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) Prof. Dr. Joachim Hornegger im Vertrauen darauf im Stadtrat der Stadt Erlangen am 26.11.2020 öffentlich mitgeteilt wurde, frage ich die Staatsregierung, was die Gründe der Verzögerung sind und wann mit dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen sowie dem abschließenden Ankauf durch den Freistaat Bayern zu rechnen ist, um die massiv angespannte bauliche und planungsmäßige Situation der FAU zumindest teilweise zu entlasten?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, über welchen Zeitraum es eine Kooperation des Bayerischen Landeskriminalamts mit der Wirecard AG gab, auf welche Bereiche sich diese erstreckt hat und wer darin seitens der Staatsregierung eingebunden war?

**Annette Karl**  
(SPD)

Da die Bezuschussung eines 365-Euro-Jahrestickets für Schülerinnen und Schüler derzeit an die Mitgliedschaft der Gebietskörperschaft zu einem Verkehrsverbund geknüpft ist, frage ich die Staatsregierung, wie die Ausweitung der Verkehrsverbünde in Bayern so vorangebracht werden soll, dass alle Gebietskörperschaften zu einem Verkehrsverbund gehören und welche alternative Lösung für die Umsetzung eines solchen 365-Euro-Tickets bestehen, falls die Zugehörigkeit einer Gebietskörperschaft in einem Verkehrsverbund nicht innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre umsetzbar ist?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Hinsichtlich der Antwort auf Frage 4b des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz auf die Schriftliche Anfrage „Verbrennung und Deponierung freigemessener Abfälle aus kerntechnischen Anlagen“ (Drs. 18/10192) der Abgeordneten Rosi Steinberger und Paul Knoblach vom 02.09.2020: „Die Festlegung der Freigabewerte in der StrlSchV basiert auf dem 10 Mikrosievert ( $\mu\text{Sv}$ )-Konzept. Die Einhaltung einer im Vergleich zur natürlichen Strahlenexposition von ca. 2.100  $\mu\text{Sv}/\text{Jahr}$  als vernachlässigbar eingestuften zusätzlichen Strahlenexposition von 10  $\mu\text{Sv}/\text{Jahr}$  für die am höchsten exponierte Einzelperson der Bevölkerung ist die Grundlage des Konzepts der Freigabe. Die Einhaltung der Freigabewerte wird überprüft.“ – frage ich die Staatsregierung, welche Messungen von Radioaktivität und Strahlung haben staatliche Behörden – insbesondere das Landesamt für Umweltschutz (LfU) – bisher bezüglich spezifisch freigegebenen Abfällen aus dem Kernkraftwerk Grafenrheinfeld (KKG), die auf der Reststoffdeponie Rothmühle deponiert wurden, durchgeführt, welche – gegebenenfalls regelmäßigen – Messungen sind geplant und welche Ergebnisse haben diese Messungen ergeben (bitte aufschlüsseln nach Art der Messung, Datum, Ort innerhalb der Reststoffdeponie und Ergebnis)?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele staatliche Objekte sind an gewerbliche Mieter, Pächter oder Erbbaurechtsnehmer vermietet, wie viele davon sind Einzelhandelsobjekte und für wie viele Einzelhandelsobjekte haben staatliche Stellen bisher pandemiebedingt Mietminderungen gewährt?

**Natascha Kohnen**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Flugreise von Ministerpräsident Dr. Markus Söder mit einem „Learjet 60“ von Nürnberg nach Berlin und zurück am 18./19.04.2021 anlässlich eines Treffens mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Armin Laschet und anderen zur Frage der Kanzlerkandidatur frage ich die Staatsregierung, wie hoch waren die Gesamtkosten für den Hin- und Rückflug (inkl. eventueller Standkosten), von wem wurde der Jet zur Verfügung gestellt und wer kommt für die entstandenen Kosten auf?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch der Anteil war, den die BayernHeim GmbH für Projekte aus den Mitteln der gesamten Wohnraumförderung in den Jahren 2019 (rund 703 Mio. Euro) und 2020 (rund 660 Mio. Euro) bekommen hat (bitte um Angabe je Jahr insgesamt und prozentual), wie hoch der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter im neu fertiggestellten Objekt in der Donaustraße in Nürnberg ist und wie viele Wohneinheiten in den bereits fertiggestellten Objekten (München und Nürnberg) geförderte Wohnungen sind (bitte um Angabe pro Objekt insgesamt und prozentual gemäß der Wohnraumförderungsbestimmung bspw. Stufe I, II, III)?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien werden in Bayern Zu- oder Absagen zu sogenannten Sonderimpftagen in den jeweiligen Landkreisen erteilt, welche Landkreise in Bayern haben einen solchen schon ausgerichtet und wie wird der Impfstoff dafür verteilt?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Corona-Arbeitschutzregelungen für die Beschäftigten der jeweiligen staatlichen Kultureinrichtungen gelten, insbesondere der Kultureinrichtungen mit Probetrieb wie Theater, Tanzensembles und Orchester, mit jeweils welchen Maßnahmen (regelmäßige PCR- und/oder Schnelltests, Masken, Belüftungsanlagen oder CO<sub>2</sub>-Messung in Proberäumen etc.) die Betroffenen der einzelnen Einrichtungen vor COVID-19 geschützt werden (bitte mit Angabe pro Haus) und wie sie von den Beteiligten angenommen werden (bitte mit Prozentangabe tatsächlich durchgeführter Tests pro Haus)?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da aktuell wieder viele Saisonarbeitskräfte aus anderen Ländern in Bayern als Erntehelferinnen bzw. -helfer beschäftigt sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Kontrollen wurden bereits durch die Gewerbeaufsicht durchgeführt bzw. sind noch geplant, für wie viele Betriebe sind Gewerbeaufsichtsbeamtinnen bzw. -beamte durchschnittlich zuständig (Betriebe je Beamtin bzw. Beamten) und wird aufgrund der Coronapandemie mehr Personal in der bayerischen Gewerbeaufsicht eingesetzt oder eingestellt?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass am vergangenen Samstag, den 17.04.2021 mit „Kempton gegen rechts“ nachweislich eine linksradikale Gruppierung (vgl. <https://www.maier-christoph.de/post/geplante-demo-in-kempton-wer-steckt-hinter-kempton-gegen-rechts>) zu einer Gegendemonstration zur Querdenker-Bewegung aufrief und trotz Verbots linke Gegendemonstranten am Samstag in Kempten aufmarschierten, frage ich die Staatsregierung, zu welchen Rechtsverstößen es auf Seiten der Gegendemonstranten kam, wie diese Verstöße geahndet wurden und ob der Staatsregierung Erkenntnisse dahingehend vorliegen, welche linksextremistischen Gruppierungen bzw. Personen zu der Gegendemonstration mobilisierten respektive daran teilnahmen?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Fällen der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) gemäß Art. 88 Abs. 2 Haushaltsordnung des Freistaates Bayern (BayHo) die Staatsregierung seit 2010 beraten hat (bitte entsprechende Ministerien angeben), was er dabei im Konkreten empfohlen hat und warum nicht – wie im umgekehrten Fall bei der Beratung des Landtags durch den ORH – eine Unterrichtung des Landtags erforderlich ist, wenn der ORH die Staatsregierung berät?

**Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie weit ist die Impfung der Prioritätsgruppe 1 in den einzelnen Landkreisen Bayerns fortgeschritten, insbesondere bei den über 80-Jährigen, die laut BR-Recherche (BR = Bayerischer Rundfunk) zur Software BayIMCO möglicherweise bei der Terminvergabe benachteiligt wurden, wie viele Lehrerinnen und Lehrer sind in den einzelnen Landkreisen bereits geimpft worden und wie werden die Impfstoffe zwischen den Landkreisen verteilt?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Inanspruchnahme der Hilfeleistungen der bayerischen Hilfe- und Beratungsangebote für von Gewalt bedrohte Frauen in den vergangenen drei Jahren entwickelt (bitte Auflistung nach Anzahl der unterstützenden Leistungen und unterteilt in die Kategorien Frauenhäuser, Fachberatungsstellen, Interventionsstellen)?

**Alexander Muthmann**  
(FDP)

Nachdem das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration mit Schreiben vom 16.03.2021 zeitnah „gesonderte Anwendungshinweise“ zu den neuen Regelungen einer Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragungen in kommunalen Gremien angekündigt hatte, frage ich die Staatsregierung, wann diese veröffentlicht werden und welchen Wortlaut der Fragenkatalog der kommunalen Spitzenverbände zu diesen Detailfragen hat?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Impfquoten weisen die einzelnen Landkreise in Bayern auf (bitte nach Erst-/Zweitimpfung sowie Landkreis aufschlüsseln), wie kommt die Diskrepanz in den unterschiedlichen Quoten zustande und warum wird ein solch regionales Monitoring nicht veröffentlicht?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen fanden Außeneinsätze der Beschäftigten der Steuerverwaltung im Vollstreckungsaußendienst und der Steuerfahndung seit März 2021 statt (bitte für beide Bereiche getrennt angeben), inwiefern plant sie, die Beschäftigten der Steuerverwaltung im Vollstreckungsaußendienst und der Steuerfahndung analog zu den Beschäftigten der Polizei oder der Zollfahndung, deren Aufgabenstellung und Gesetzesgrundlage nahezu identisch sind, in die Vorschrift des § 4 Nr. 4b Coronavirus-Impfverordnung einzuordnen (bitte getrennt angeben für die Bereiche Vollstreckungsaußendienst, Steuerfahndung und alle anderen Bereiche) und wie kommt die Staatsregierung zum jeweiligen Ergebnis?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann gedenkt sie einen aktuellen Bericht zur sozialen Lage in Bayern vorzulegen, welche Jahre sollen in diesem zugrunde gelegt werden, und wie wird sichergestellt, dass es in der Interpretation keine Verzerrung durch Corona gibt, sondern das Pandemiejahr gesondert betrachtet wird?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele islamfeindliche Straftaten wurden in Bayern seit 2016 verübt (bitte einzelne Delikte detailliert darstellen und nach Jahren, Anzahl, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln), welchem Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität wurden diese Straftaten zugeordnet und wie viele Tatverdächtige wurden wegen islamfeindlicher Straftaten seit 2016 festgenommen (bitte nach Jahren, Art und Motivation der Straftaten aufschlüsseln)?

**Florian Ritter**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Wohnungen im Besitz des Freistaates in Bayern im Moment nicht genutzt werden bzw. leer stehen (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen/kreisfreien Städten angeben), wie hoch die durchschnittliche Leerstandszeit dieser Wohnungen ist und wie sich die Leerstandsquote staatlicher Wohnimmobilien im Verlauf der vergangenen 20 Jahre entwickelt hat?

**Dr. Martin Runge**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wurden ehemaligen Mitgliedern der Staatsregierung Dauerparkausweise für den Bereich vor und zwischen den Gebäuden des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat (Odeonsplatz 4) und des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (Odeonsplatz 3) ausgestellt und, falls ja, welchen ehemaligen Mitgliedern der Staatsregierung wurden derartige Parkausweise ausgestellt und wer war/ist zuständig für das Ausstellen derartiger Parkausweise für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bedeutung das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) den gemeinsamen Berufsschulbeiräten zumisst, inwiefern das StMUK die Rechtsumsetzung im Bereich der gemeinsamen Berufsschulbeiräte gemäß Art. 70 Abs.2 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) durch seine entsprechenden Organe kontrolliert (bitte auch hierzu ergriffene Maßnahmen und Folgen benennen) und welche konkreten Fälle von Nichtbestehen eines gemeinsamen Berufsschulbeirats gemäß Art. 70 Abs.2 BayEUG dem StMUK bekannt geworden sind?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang wird von ihr eine Erweiterung bzw. Weiterentwicklung des Justizstandortes Bamberg geplant (Anzahl der benötigten Gebäude, Parkplätze, Anzahl der Mitarbeiter), welche Gebäude auf dem Lagarde-Gelände sind aus Sicht der Staatsregierung besonders geeignete Objekte und gibt es konkrete Nutzungspläne für die „Reithalle“ auf dem Lagarde-Gelände?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern ist es Künstlerinnen und Künstlern nach der geltenden zwölften Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV) möglich, ihr künstlerisches Wirken in der Interaktion mit Publikum auf der Bühne im Sinne der Kunstfreiheit zu verwirklichen (vergleichbar mit der körperlichen Anwesenheit bei der Ausübung der Religionsfreiheit und der Versammlungsfreiheit), welche konkreten wissenschaftlichen Studien und Erkenntnisse liegen den aktuell geltenden Einschränkungen in der Ausübung des Grundrechts der Kunstfreiheit im Wirkungsbereich zugrunde (insbesondere hinsichtlich der Unterschiede zu Einzelhandel, Religionsfreiheit und Versammlungsrecht) und wieso setzt die Staatsregierung nicht den Stufenplan der Kulturminister vom 05.02.2021 um, wonach „Museen, Galerien, Gedenkstätten und Bibliotheken sowie vergleichbare Einrichtungen (...) spätestens mit der Eröffnung des Einzelhandels einen Basisbetrieb für die Öffentlichkeit anbieten“ sollen (gemäß § 23 Abs. 2 Nr. 1 der 12. BayIfSMV sind Museen, Ausstellungen, Gedenkstätten, staatliche Schlösser, Gärten und Seen, vergleichbare Kulturstätten sowie zoologische und botanische Gärten über der Inzidenz von 100 geschlossen, während der Einzelhandel nach § 12 Abs. 1 Satz 7 Nr. 3 mit Terminvereinbarung und negativem Test eingeschränkt öffnen darf)?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, entspricht es der Wahrheit, dass der Freistaat bzw. das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) mit dem Investor CV Real Estate Mietverträge für Büroeinheiten direkt am Gleis 1 des Augsburger Hauptbahnhofs (ehemalige innere Ladehöfe) für die Anschlussunterbringung der Außenstelle des StMB (bisher Langenmantelstraße 1) verhandelt oder schon abgeschlossen hat, zu welchen Konditionen mietet der Freistaat dort (bitte aufschlüsseln nach Beginn des Mietverhältnisses, Mietdauer, qm, Preis im Monat und Preis pro qm) und für welches Honorar hat Rechtsanwalt Alfred Sauter diese Mietverträge im Auftrag des Freistaates verhandelt?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der gesamten bayerischen Ministerialverwaltung arbeiten nach ihren Erkenntnissen an wie vielen Tagen im Homeoffice und sind tagesaktuelle Schnelltests – zweimal die Woche – in den Ministerien Voraussetzung für die Ausübung der Tätigkeiten in Präsenz (bitte nach Ministerien aufschlüsseln)?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) für den Wissenschaftsstandort Bayern von herausragender Bedeutung ist, die Universität mit exzellenter Forschung Pionierarbeit in zahlreichen Fachbereichen leistet, der damalige Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat und heutige Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits Anfang Juli 2018 der FAU 1,5 Mrd. Euro in Aussicht stellte und angesichts des Umstands, dass der strukturelle Ausbau der Universität durch zahlreiche Verzögerungen und Unterfinanzierungen seitens der Staatsregierung nur schleppend vorankommt, frage ich die Staatsregierung, bis wann die zugesagten 1,5 Mrd. Euro vollständig zu Gunsten der FAU eingesetzt werden, ob diese Investitionen bereits für die zukünftigen Haushaltsplanungen berücksichtigt wurden bzw. werden und welche weiteren Unterstützungen der Freistaat für den Wissenschaftsstandort in Franken, insbesondere die FAU vorsieht?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem die sog. Brückenangebote ins Leben gerufen wurden, um die Lernrückstände der Schülerinnen und Schüler aufzuholen und weitere Angebote nun ergänzt werden sollten, frage ich die Staatsregierung, wie viele Stellen sollen bayernweit geschaffen werden, um die Brückenangebote handlungsfähig zu machen, wie kann die Problematik gelöst werden, dass Studierende, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) beziehen, keinen Arbeitsvertrag mit den Regierungen schließen können und sollen Lehrkräfte auf freiwilliger Basis gegen Mehrarbeitsentlohnung oder einer Sonderzahlung Lernangebote in den Ferien betreuen?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Betriebe bieten bayernweit Urlaub auf dem Bauernhof an (bitte aufgeschlüsselt nach Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben), wie viele davon betreiben dies gewerblich und plant sie Corona-Hilfen für die Betriebe, die diesen Geschäftszweig nicht gewerblich betreiben?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern fördert oder unterstützt sie die Schaffung von Stellen, Ämtern oder Referaten in bayerischen Kommunen, die sich gezielt mit der Einwerbung von EU-Fördermitteln beschäftigen und welche Unterstützung leistet die Staatsregierung unmittelbar gegenüber Kommunen bei der Einwerbung von EU-Förderung?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schüler machten in Bayern vom 12. bis 16.04.2021 einen Corona-Selbsttest in der Schule (bitte nach Alter der Schüler sowie Anzahl und Art der Tests täglich auflisten), wie viele Eltern minderjähriger Schüler in Bayern erteilten vor den Osterferien keine Einwilligung zur freiwilligen Corona-Selbsttestung ihrer Kinder (bitte Anzahl nach Alter der Schüler auflisten) und wie viele Schüler in Bayern nahmen aufgrund der seit 12.04.2021 geltenden Corona-Testpflicht als Voraussetzung für den Präsenzunterricht vorzugsweise am Distanzunterricht teil (bitte Anzahl nach Alter der Schüler auflisten)?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unternehmen des Vereinigten Königreichs bzw. des Freistaates Bayern jährlich seit 2016 (ab 2021 bitte Monatszahlen angeben) ihren Firmensitz nach bzw. aus Bayern verlagert haben, wie viele Mitarbeiter dieser Firmen somit jährlich netto zu- bzw. abgewandert sind und wie sich dadurch der Zu- bzw. Abfluss von Geschäftsvolumen dieser Firmen im Freistaat insgesamt pro Jahr netto entwickelt hat?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet die Antwort von Frau Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner auf die Nachfragen des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber (siehe Antwortschreiben an [REDACTED], 12.02.2021, Az: 64h-U8633-2021/3-1) bezüglich des uneingeschränkten Zugangs auch von Nebenerwerbslandwirtinnen bzw. -landwirten zu den EU-Fördermitteln sowie bezüglich der Einbeziehung der Beschlüsse der Umweltministerkonferenz sowie der Zukunftskommission hinsichtlich einer abschließenden Grundentscheidung zur nationalen Gemeinsamen Agrarpolitik in den Abstimmungsprozess und welche weiteren Schritte sind in dieser fachlichen Hinsicht vonseiten des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz geplant?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie diese die Erkenntnisse des aktuellen Cochrane Review<sup>1</sup> bewertet, nach dem – bei Personen ohne COVID-19-Symptome – die Antigentests im Durchschnitt 58 Prozent der Infizierten richtig identifizieren und welche Schlüsse die Staatsregierung aus diesen Erkenntnissen zieht?

---

<sup>1</sup> <https://www.cochrane.de/de/news/aktualisierter-cochrane-review-bewertet-zuverlaessigkeit-von-schnelltests-zum-nachweis-von-COVID>

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Nachdem es in Bayern nach dem Erlanger Modell seit zwölf Jahren den Islamunterricht an Schulen als Modellversuch gibt, an dem laut eines Artikels des Münchner Merkurs vom 25.02.2021 zurzeit insgesamt 364 Schulen und ca. 16 000 Schülerinnen und Schüler teilnehmen, vor dem Hintergrund, dass der bayerische Ministerrat in seinem Beschluss vom 23.02.2021 den Islamunterricht dauerhaft als Wahlpflichtfach zulassen möchte und da die Antwort des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 23.03.2021 auf die Anfrage zum Plenum zum Islamunterricht in Bayern mit lediglich zwei wenig aussagekräftigen Sätzen beantwortet wurde (Frage Nr. 18 der Drs. 18/14909), frage ich die Staatsregierung, bis wann wird die Bedarfsabfrage für Islamischen Unterricht im kommenden Schuljahr 2021/2022 von der Schulaufsicht durchgeführt worden sein (bitte mit Angabe eines konkreten Zeitpunktes), bis wann können nach der Bedarfsabfrage Aussagen über die Zahl der beteiligten Schulen, die konkreten Standorte bzw. die Zahl der benötigten Lehrkräfte getroffen werden (bitte mit Angabe eines konkreten Zeitpunktes) und, falls mittlerweile Aussagen getroffen werden können (insbesondere auch unabhängig von der Bedarfsabfrage), welchen Umfang strebt die Staatsregierung durch eine Überführung des Modellversuchs in ein Wahlpflichtfach an (bitte mit Anzahl der vorhandenen sowie zusätzlich benötigten Lehrkräfte, Anzahl der Schülerinnen und Schüler, absolut und im Verhältnis zur Gesamtzahl der muslimischen Schülerinnen und Schüler, Zahl der beteiligten Schulen, absolut und aufgeschlüsselt nach Schularten, falls keine Aussagen getroffen werden können, bitte den Planungshorizont begründen)?

**Ralf Stadler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen Profifußballclubs (1. und 2. Liga) haben 2020/2021 Anträge auf staatliche Corona-Hilfen gestellt, welche bayerischen Profifußballclubs (1. und 2. Liga) haben Erstattungsanträge für Verdienstaufschläge von Spielern gestellt und welche finanziellen Hilfen haben diese Vereine 2020/2021 erhalten (bitte nach Vereinen und Höhe auflisten)?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Nachweis über einen negativen Corona-Test müssen Saisonarbeiterinnen und -arbeiter bei der Einreise erbringen, welche Unterschiede gibt es dabei je nach Risikoeinstufung des Herkunftslandes und wann genau müssen diese Nachweise vorgelegt werden?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen wurden bislang in Schwaben zum Stand 16.04.2021 gegen COVID-19 geimpft (bitte aufschlüsseln nach Priorisierung und Geschlecht, bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben, bitte nach Landkreisen und kreisfreien Gemeinden aufschlüsseln) und wie viele Impfdosen wurden zum Stand 16.04.2021 nach Schwaben bisher geliefert (bitte aufgeschlüsselt nach Hersteller, Landkreisen und kreisfreien Gemeinden)?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie den geplanten Ersatzbau P53 (Juraleitung), unabhängig von der konkreten Trassenführung, für sinnvoll und notwendig, wenn nein, welche Untersuchungen liegen der Staatsregierung dazu vor und wo hat sie diese Position im Verfahren eingebracht?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie regelmäßig können bzw. müssen sich Beschäftigte und Bedienstete in Behörden und Einrichtungen des Freistaates Bayern einem Corona-Test unterziehen und wie viele Beschäftigte und Bedienstete (anteilig und in absoluten Zahlen) unterziehen sich mindestens einmal bzw. mindestens zweimal pro Woche einem Corona-Test (bitte nach Möglichkeit jeweils wochenweise seit Beginn des Jahres 2021 aufgliedern sowie nach Einrichtungen und Art der Beschäftigung – insbesondere Voll- und Teilzeit – ausdifferenzieren)?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem das Staatsgut Achselchwang im vergangenen Winter 2020/2021 und in den vorangegangenen Wintern sukzessive am Rande ihrer landwirtschaftlich genutzten Flächen erhebliche und unsachgemäße Rückschnitte von Waldrändern und bachbegleitenden Ufergehölzen durchgeführt hat, wie zum Beispiel an der Schweinach nördlich von Achselchwang, wo große Abschnitte von Hecken bzw. des Ufergehölzes vollständig entfernt bzw. unsachgemäß zurückgeschnitten wurden, sodass nur noch sporadisch Baum- und Heckenreste übrigblieben oder nördlich von Westerschondorf, wo entgegen § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zeitgleich rund 40 gesunde Weiden in einem Feuchtbiotop sowie auf großer Länge ein bis zu 15 Meter breiter Waldrand aus Alteschen, Kleinbäumen und vielen Schlehengebüschen gerodet wurde (die dort vorhandenen Habitate des inzwischen sehr seltenen Neuntöters im Landkreis wurden dabei vollständig zerstört), frage ich die Staatsregierung, ob dem Versuchs-Staatsgut Achselchwang mit seinen Ablegern in Westerschondorf und Hübschenried vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (StMELF), nach vorangegangener Annahme des Volksbegehrens Artenvielfalt durch den Landtag, der Auftrag erteilt wurde, Maßnahmen zur Verschlechterung der Artenvielfalt zu vermeiden und vorbildliche Maßnahmen zur Verbesserung der Artenvielfalt auf den Flächen des Staatsgutes ab 2020 umzusetzen, durch welche konkreten Maßnahmen das StMELF bzw. das Staatsgut Achselchwang die erfolgte Naturzerstörung zu kompensieren gedenkt (bitte Zeitraum mit angeben) und welche konkreten vorbildlichen Maßnahmen das Versuchs-Staatsgut Achselchwang mit seinen Ablegern in Westerschondorf und Hübschenried plant, um zur Verbesserung der Artenvielfalt auf seinen Flächen in den Jahren 2021 und 2022 beizutragen?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie Flächen zur Schaffung weiterer Parkplätze (Verdreifachung auf 450 Stück) am Sylvensteinstausee zur Verfügung stellen, wie steht sie zu Alternativen wie einem Shuttlebussystem für Tagestouristinnen und -touristen o. Ä. insbesondere hinsichtlich des sensiblen Gebiets (FFH/Naturschutz), dem hier Rechnung zu tragen ist und welche Maßnahmen kommen hier aus Sicht der Staatsregierung zusätzlich in Betracht, um eine gezielte Besucherinnen- bzw. Besucherlenkung insbesondere hinsichtlich des Verkehrsaufkommens zu erreichen?

**Dr. Sabine Weigand**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem der Freistaat im Rahmen der Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) dieses Jahr in München in und um den Hofgarten Flächen zur Verfügung stellt, wie sind die genauen Nutzungspläne der IAA in und am Hofgarten, mit welchen konkreten Maßnahmen will sie verhindern, dass das Gartendenkmal durch diese Nutzung und die große Menge der Besucher in Mitleidenschaft gezogen wird und wieviel Miete bezahlt die IAA für die Zurverfügungstellung der Flächen?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Arten von Selbst- und Schnelltests sind für den Einsatz an den bayerischen Schulen zugelassen, wie steht die Staatsregierung zu den Lolly-Tests und wieso sind an Schulen, die an wissenschaftlichen Studien wie beispielsweise WICOVIR teilnehmen, trotz der im Zuge der Studie durchgeführten Testungen Schnelltests nötig?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, hat die Stadt Rosenheim, der Landkreis Rosenheim oder deren Eigen- und Regiebetrieb sowie Beteiligungsgesellschaften (z. B. RoMed Kliniken der Stadt und des Landkreises Rosenheim), der Bezirk Oberbayern oder der Freistaat Bayern Verträge mit der Versicherungsagentur Allianz Versicherung Teicher und Co. OHG Generalvertretung aus Prien am Chiemsee, wann wurden diese Verträge abgeschlossen und durch wen wurden diese Verträge vermittelt?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, finden derzeit Gespräche zu Wohnmobilstellplätzen bzw. Campingstellplätzen auf landwirtschaftlichen Anwesen im Rahmen der mitgezogenen Betätigung in Staatsregierung bzw. mit weiteren Akteuren statt, welche Änderungen oder Klarstellungen plant sie diesbezüglich und welche Berücksichtigung findet dabei die bauplanungsrechtliche Rechtsprechung zur Ausweisung von Campingplätzen, auch um einen ungewollten Wildwuchs vorzubeugen und die Entwicklung in kommunal erwünschten Bahnen zu halten?